

FRAKTIONSBECHLUSS VOM 31.05.2016

» DIE GRÜNE AUSBILDUNGSGARANTIE

Ein erfolgreicher Start in die berufliche Zukunft für alle



ZUSAMMENFASSUNG

Jede und jeder Jugendliche soll direkt nach der Schule eine anerkannte Berufsausbildung beginnen können. Das ist unsere Vision für die berufliche Bildung in Deutschland, die mit der Grünen Ausbildungsgarantie Wirklichkeit werden kann. Weder die soziale oder regionale Herkunft oder der aufenthaltsrechtliche Status noch konjunkturelle Schwankungen dürfen darüber entscheiden, ob junge Menschen den Schritt in die berufliche Zukunft und ein eigenständiges Leben schaffen. Bereits heute fehlen in vielen Branchen und Regionen gut ausgebildete Fachkräfte, dennoch landen jedes Jahr über eine viertel Million junge Menschen in einer der vielen Maßnahmen am Übergang zwischen Schule und Beruf anstatt eine Ausbildung zu beginnen. Das ist volkswirtschaftlicher Unsinn und bildungspolitischer Irrsinn. An die Stelle eines unübersichtlichen Durcheinanders an Maßnahmen und Programmen, die nicht einmal allen offenstehen, tritt mit der Grünen Ausbildungsgarantie ein effizientes und zielführendes Angebot, das allen Jugendlichen vom ersten Tag sichere Wege in eine Ausbildung mit anerkanntem Berufsabschluss ebnet. Damit die berufliche Bildung in Deutschland auch in Zukunft Vorbild bleibt, müssen Arbeitgeber, Gewerkschaften und Staat ihre Kräfte bündeln und gemeinsam, verantwortungsvoll und entschieden für die jungen Menschen und die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands eintreten.

DIE ECKPUNKTE DER GRÜNEN AUSBILDUNGSGARANTIE SIND:

- Jeder und jede Jugendliche erhält bis spätestens zum 30. September verbindliche Angebote für einen Ausbildungsplatz.
- Die staatliche Ergänzung des dualen Systems verschiebt sich von parallelen Angeboten hin zur gezielten Förderung im Betrieb. Durch den Ausbau der Assistierten Ausbildung und ausbildungsbegleitender Hilfen schaffen mehr Jugendliche den direkten Übergang in die betriebliche Ausbildung.
- Die übrigen derzeit bestehenden Maßnahmen am Übergang zwischen Schule und Beruf werden in die betriebsnahe Ausbildung überführt und dort gezielt und entsprechend den individuellen Bedürfnissen der Jugendlichen als Ausbildungsteilabschnitte mit passgenauen Unterstützungsleistungen angeboten. Kein Qualifizierungsschritt bleibt ohne Abschluss, Anschluss und Anrechnung.
- Ein Wechsel von der betriebsnahen in die reguläre betriebliche Ausbildung ist jederzeit möglich und erwünscht. Gelingt der Wechsel nicht, führt auch die betriebsnahe Ausbildung von Beginn an zu einem anerkannten Berufsabschluss und endet mit der Kammerprüfung.
- Die Ausbildungsbeteiligung von kleinen und mittleren Unternehmen und Betrieben ohne Ausbildungstradition wird gesteigert, da diese im Rahmen der außerbetrieblichen Ausbildung statt einer umfassenden und kosten- bzw. personalintensiven Berufsausbildung auch einzelne Teilqualifikationen entsprechend ihrer Kompetenzen und Leistungsfähigkeit anbieten können.

- Eine verantwortliche Stelle, etwa eine Jugendberufsagentur, bietet alle Beratungen und Leistungen aus einer Hand und unter einem Dach. Sie berät, unterstützt und vermittelt kompetent und zielgerichtet und stellt die zentrale Ansprechpartnerin für alle Jugendlichen am Übergang von der Schule in den Beruf dar. Durch diese Zusammenführung wird die persönliche Bindung in der Übergangsphase erhöht. Dies stellt sicher, dass auch Jugendliche, die nicht mehr schulpflichtig sind, auf dem Weg in die Ausbildung gut beraten und unterstützt werden können.
- Für geflüchtete Jugendliche schaffen wir ein passgenaues Integrationsmodul, das allgemeine und berufsbezogene Sprachförderung mit sozialpädagogischer Unterstützung und betrieblichen Praktika kombiniert. Unabhängig von Herkunft und Aufenthaltsstatus erhalten junge Menschen mit Fluchtgeschichte direkt im Anschluss an ihren Schulbesuch und ggfs. auch parallel zu und nach den Integrationskursen die Chance, Berufe und Karrierewege kennenzulernen, eigene Potenziale zu entdecken und sich auf die Ausbildung in Betrieb und Berufsschule vorzubereiten.
- Lernen braucht Zeit und geschützte Räume. Die Unsicherheit über die eigene Zukunft oder gar eine drohende Abschiebung verhindern jeden Lern- und Integrationserfolg. Auch Asylbewerberinnen und Asylbewerber und Geduldete erhalten mit der Grünen Ausbildungsgarantie deshalb die Sicherheit, in Deutschland bleiben zu dürfen, solange sie sich auf die Ausbildung vorbereiten. Bei einem anschließenden Übertritt in eine betriebliche, schulische oder außerbetriebliche Ausbildung wird ihnen eine Aufenthaltserlaubnis für die gesamte Dauer der Ausbildung und einer anschließenden Beschäftigung erteilt, die auch bei einem Wechsel des Ausbildungsplatzes fortbesteht.

STARTCHANCEN FÜR ALLE – JEDER SCHRITT FÜHRT IN DIE AUSBILDUNG

Jeder junge Mensch hat das verfassungsmäßige Recht „auf freie Entfaltung der Persönlichkeit“. Eine gute Ausbildung trägt maßgeblich dazu bei, dass dieses Grundrecht gewährleistet wird. Für eine dynamische Volkswirtschaft und den modernen Sozialstaat muss es selbstverständlich sein, dass alle Jugendlichen ihren Weg in die berufliche Zukunft und ein selbstbestimmtes Leben gehen können. Dieses Versprechen einzulösen, ist die große Aufgabe, vor der die berufliche Bildung in Deutschland heute steht.

Mit der Grünen Ausbildungsgarantie kann diese Vision Wirklichkeit werden. Die Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen will allen Jugendlichen nach der Schule den Weg zu einer Ausbildung mit anerkanntem Berufsabschluss ebnen – unabhängig von ihrer Herkunft oder ihrem Aufenthaltsstatus. Damit am Übergang zwischen Schule und Beruf garantiert niemand mehr „verloren“ geht, gilt die Ausbildungsgarantie auch für diejenigen, die die Schule ohne Abschluss verlassen.

Das duale System in Deutschland gilt als Vorbild in Europa und der Welt. Es ist aber nur dann gut, wenn junge Menschen tatsächlich einen Ausbildungsplatz finden. Für mehr als 270.000 junge Menschen bleibt dieser erste Schritt in ein selbstbestimmtes Leben jedes Jahr nicht mehr als ein frommer Wunsch. Anstatt direkt nach der Schule mit einer Ausbildung zu beginnen, landen sie in einer der zahllosen berufsvorbereitenden Maßnahmen des unstrukturierten Übergangsbereichs. Als gut gemeinte Brücken in die Ausbildung sollen sie den Übergang in die Berufsausbildung erleichtern. Da aber kaum eine dieser Maßnahmen zu einem Abschluss führt, enden sie viel zu oft in Sackgassen. Das Problem wird zusätzlich dadurch verschärft, dass sich viele Betriebe ganz aus der Ausbildung zurückziehen. Nur noch jeder fünfte Betrieb in Deutschland bildet überhaupt noch aus. In der Folge haben heute rund 1,5 Millionen junge Menschen zwischen 25 und 35 Jahren keinen Berufsabschluss. Sie sind häufiger arbeitslos, öfter prekär beschäftigt und verdienen im Laufe ihres Erwerbslebens rund 243 000 Euro weniger als Menschen mit Berufsabschluss. Jugendliche, die die Schule ganz ohne oder

nur mit einem Hauptschulabschluss verlassen, sind dabei besonders gefährdet. Immer weniger Jugendliche dieser Gruppen schaffen heute noch den Sprung in das duale System. Mittlerweile ist selbst ein guter mittlerer Schulabschluss keine Garantie mehr für einen erfolgreichen Start ins Berufsleben.

Wir dürfen nicht zulassen, dass der Übergang von der Schule in den Beruf zu einem Hindernislauf wird und Berufsabschlüsse für viele Jugendliche in immer weitere Ferne rücken. Die Jugendlichen verlieren das Vertrauen in die Zukunft und laufen Gefahr, dauerhaft vom Ausbildungs- und Arbeitsmarkt abgehängt zu werden. Das so genannte „Übergangssystem“ hat sein Versprechen für zu viele nicht eingelöst. Es ist bildungspolitischer Irrsinn und volkswirtschaftlicher Unsinn, wenn die öffentliche Hand jedes Jahr über vier Milliarden Euro für ein „System“ ausgibt, das die Kompetenzen junger Menschen vergeudet, anstatt sie auf ihrem Weg zur Fachkraft an die Hand zu nehmen.

Aus dem Flickenteppich der Angebote machen wir deshalb eine Sprossenleiter hin zum Ausbildungserfolg. Um Auszubildende und Betriebe nachhaltig zu unterstützen, bauen wir das bisherige vielfältige, aber oft unstrukturierte Angebot an Übergangsmaßnahmen zu einer echten Ausbildungsgarantie um. Auf diese Weise entstehen zusätzliche Ausbildungsplätze nach dem dualen Prinzip, die unabhängig von Konjunkturschwankungen und regionalen Entwicklungen allen Jugendlichen die Chance auf einen Berufsabschluss bieten. Mit der grünen Ausbildungsgarantie stärken wir die betriebliche Ausbildung, ergänzen sie dort, wo es nötig ist und reduzieren parallele Angebote, die nicht zum Ausbildungsabschluss führen.

AUSBILDUNG MIT ABSCHLUSS STATT WARTESCHLEIFEN OHNE ANSCHLUSS

Derzeit gibt es unzählige Angebote, die Jugendlichen den Weg von der Schule in die Ausbildung erleichtern sollen. Für die Jugendlichen wirkt das Angebot meist so unüberschaubar und verwirrend, wie es klingt: AbH – Ausbildungsbegleitende Hilfen, BAB – Berufsausbildungsbeihilfen, BaE – Förderung einer Berufsausbildung in einer außerbetrieblichen Einrichtung, BerEb – Berufseinstiegsbegleitung, BvB – Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen, BvB-Pro – Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen mit produktionsorientiertem Ansatz, EQ – Einstiegsqualifizierung, „Initiative Inklusion“, „Job4000“, „XENOS“, „Integration durch Qualifizierung“, BOP – Berufsorientierungsprogramm, „Bildung integriert“, „JOBSTARTER – „Für die Zukunft ausbilden“, JOBSTARTER CONNECT, PerJuF – Perspektiven für junge Flüchtlinge und viele weitere mehr. Es verwundert nicht, wenn selbst ausgewiesene Bildungsexpertinnen und Experten in diesem Dschungel an Maßnahmen und Programmen den Wald vor lauter Bäumen nicht mehr sehen.

Die Angebote und Programme am Übergang von der Schule in den Beruf müssen vom Kopf auf die Füße gestellt werden. Ein solches Vorhaben wird dann gelingen, wenn sich alle Beteiligten als Verantwortungsgemeinschaft begreifen, die den jungen Menschen mit seinen individuellen Stärken und Schwächen ins Zentrum aller Anstrengungen stellt. Neben den Sozialpartnern sind deshalb auch die Bundesagentur für Arbeit (BA), die Kultus- und andere zuständige Landesministerien und die Kommunen und Schulträger gefordert. Gemeinsam können wir es schaffen, das Versprechen auf qualifizierte Teilhabe am Arbeitsleben für alle Jugendlichen einzulösen.

DER GRÜNE WEG – DIE AUSBILDUNGSGARANTIE NIMMT ALLE MIT

Unser Ziel ist, dass jeder und jede Jugendliche nach der Schule Zugang zu einer anerkannten Berufsausbildung erhält. Der Grüne Weg in die Ausbildungsgarantie verläuft auf zwei Bahnen, die sich sinnvoll ergänzen und am Ende in einen anerkannten Berufsabschluss münden. Zunächst setzt die Grüne Ausbildungsgarantie deshalb auf mehr Unterstützung für junge Menschen und Betriebe in der

klassischen betrieblichen Ausbildung. Assistierte Ausbildung und ausbildungsbegleitende Hilfen können dafür sorgen, dass auch benachteiligte Jugendliche in Betrieb und Berufsschule bestehen können und Ausbildungsabbrüche wirksam verhindert werden. Mit der Grünen Ausbildungsgarantie vereinfachen wir den Zugang zur Assistierten Ausbildung und stellen sicher, dass wirklich alle die Unterstützung bekommen, die sie brauchen. Auch die vielen jungen Menschen, die in den vergangenen Monaten und Jahren auf der Suche nach Sicherheit und einer besseren Zukunft nach Deutschland geflohen sind, müssen auf ihrem Weg ins Berufsleben unterstützt werden. Mit der Grünen Ausbildungsgarantie schaffen wir deshalb ein speziell auf ihre Bedarfe zugeschnittenes Integrationsmodul, in dem alle ausbildungsinteressierten Geflüchteten auf eine Ausbildung vorbereitet werden.

Trotz dieser Anstrengungen wird es weiterhin junge Menschen geben, die keinen Platz im derzeit bestehenden dualen System finden werden. Auch sie haben ein Recht auf Ausbildung. Der zweite Bestandteil der Grünen Ausbildungsgarantie zielt deshalb auf die grundlegende Neugestaltung der zahlreichen Programme am Übergang von der Schule in den Beruf. Wir geben keinen Jugendlichen verloren und stehen dafür ein, dass kein Abschluss mehr ohne Anschluss bleibt.

Ausbildungsgarantie bedeutet für uns: Alle Jugendlichen, die eine Ausbildung im dualen System wollen, aber bis zum Beginn des Ausbildungsjahres keinen betrieblichen oder vollzeitschulischen Ausbildungsplatz gefunden haben, bekommen verbindliche Angebote für eine betriebsnahe Ausbildung in einer überbetrieblichen Ausbildungsstätte, die direkt zu einem anerkannten Berufsabschluss führt. Diese verbindlichen Angebote erhalten sie möglichst schon vor Beendigung der Schulzeit, spätestens aber bis zum 30. September. Selbstverständlich werden sie auch über diese Frist hinaus bei der Suche nach einem regulären Ausbildungsplatz unterstützt, müssen aber keine Angst mehr haben, am Ende leer auszugehen.

DIE AUSBILDUNGSGARANTIE SETZT SCHON IN DER SCHULE AN

Insbesondere für sozial benachteiligte Jugendliche und die, die praktisches Lernen an der Werkbank dem theoretischen Unterricht im Klassenzimmer vorziehen, ist die frühe Kontaktaufnahme schon während der Schulzeit wichtig. Für die beteiligten öffentlichen Stellen bedeutet das, ihre Bemühungen zu bündeln und erfordert die Bereitschaft, über institutionelle Grenzen hinweg zu kooperieren. Die Vorteile einer frühen Beratung und Vermittlung liegen für beide Seiten, Jugendliche wie Ausbildungsbetriebe, auf der Hand: Schon heute suchen die Unternehmen viel früher nach Auszubildenden als noch vor wenigen Jahren. Weil die Zahl der Schulabgängerinnen und Schulabgänger jedes Jahr sinkt, melden die Unternehmen ihre freien Plätze immer früher bei der Bundesagentur für Arbeit (BA), um eine möglichst gute Auswahl an potenziellen Auszubildenden zu bekommen. Für Jugendliche, die noch während ihrer allgemeinen Schulpflicht zunächst vergeblich gesucht haben, steigert der frühe aktive Einsatz von Beratung und Unterstützung die Wahrscheinlichkeit, einen Ausbildungsplatz zu finden. Gleichzeitig verhindert die rechtzeitige Unterstützung, dass die Jugendlichen nach ersten Misserfolgen bei Bewerbungen demotiviert werden, weil sie keine Chance mehr auf einen Ausbildungsplatz sehen.

NEUE CHANCEN FÜR JUNGE ERWACHSENE OHNE AUSBILDUNG

Über die frühe Ansprache in der Schule hinaus muss es verstärkte Anstrengungen geben, auch junge Erwachsene, die sich seit Jahren vergeblich um einen Ausbildungsplatz bemühen oder bereits arbeiten und eine Ausbildung nachholen möchten, zu einem Berufsabschluss zu führen. Die Ausbildungsgarantie soll gezielt junge Erwachsene ohne Schul- oder Berufsabschluss erreichen, die die Schule schon vor längerem verlassen haben. Je nach regionaler Versorgung und eigenem Wunsch

sollen diese jungen Menschen zwischen anderen Qualifizierungsangeboten für Erwachsene und dem Erstausbildungsangebot der Grünen Ausbildungsgarantie wählen können. Dabei müssen alle erworbenen Qualifikationen anrechenbar gemacht werden. Indem nicht wieder bei „Null“ begonnen werden muss, bleibt die Motivation erhalten, den eigenen Weg in die berufliche Zukunft weiterzugehen.

ALLE ANGEBOTE AUS EINER HAND UND UNTER EINEM DACH

Kompetente Beratung, Unterstützung und Vermittlung ist nur dann möglich, wenn sie gebündelt stattfindet und den jungen Menschen ins Zentrum stellt. Bisher gleicht der Weg in eine Ausbildung noch häufig einem Hindernislauf. Das Berufsinformationszentrum kann Berufe beschreiben und bei der Wahlentscheidung helfen, der Lehrer berät nochmal über Stärken und Möglichkeiten, die Sozialarbeiterin hilft bei der Bewerbung, das Jobcenter bei der Fahrkarte zum Vorstellungsgespräch. Noch problematischer wird es, wenn aufenthaltsrechtliche Beschränkungen den Weg in die Ausbildung erschweren oder sogar ganz verhindern. Meist sind die zuständigen Behörden und Beratungsstellen weit über die Stadt verstreut, im ländlichen Raum nicht einmal unbedingt am selben Ort vertreten. In Zukunft sitzen alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die für die Belange der Jugendlichen und jungen Erwachsenen zuständig sind, unter einem Dach. Sie arbeiten miteinander und ergänzen ihre unterschiedlichen Zuständigkeiten und Kompetenzen im Interesse der Jugendlichen. Eine gute Möglichkeit, alle Angebote zu bündeln, ist die Jugendberufsagentur.

Als Verantwortungsgemeinschaft entlastet die Jugendberufsagentur oder eine vergleichbare Institution, in der rechtskreisübergreifend zusammengearbeitet wird, auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Sie müssen nicht mehr befürchten, dass junge Menschen zwischen den einzelnen Schritten und Angeboten verloren gehen, sondern arbeiten Hand in Hand. Damit die Arbeit der Jugendberufsagenturen flächendeckend erfolgreich greifen kann, reicht es jedoch nicht aus, lediglich ein neues Türschild an den Eingang zu hängen. Anders als die Bundesregierung unterstützen wir den Ausbau der rechtskreisübergreifenden Zusammenarbeit nicht nur auf dem Papier, sondern tatsächlich. Damit die Jugendberufsagenturen im Sinne der Jugendlichen zusammenarbeiten, muss zunächst deren Finanzierung sichergestellt werden. Die beteiligten Akteure müssen die Jugendberufsagenturen derzeit noch aus ihrem eigenen Budget tragen – vom Bund gibt es keinen Cent. Gerade in Kommunen mit klammen Kassen kann das eine gefährliche Schieflage bei der Ausgestaltung der Jugendberufsagentur zu Lasten der Jugendhilfe bedeuten. Die Jugendsozialarbeit vor Ort ist häufig gar nicht oder nur geringfügig mit kommunalen Mitteln ausgestattet. Für eine qualitativ hochwertige Beratung, bei der Jugendhilfe, Jobcenter und Arbeitsagenturen wirklich gleichberechtigte Partner sind, muss deshalb aus den bisher wenig effizient eingesetzten Mitteln ein eigener Fördertopf geschaffen werden.

Wir möchten den Ausbau der rechtskreisübergreifenden Zusammenarbeit überall dort fördern, wo junge Menschen eine helfende Hand auf dem Weg ins Berufsleben brauchen. Es ist deshalb notwendig, dass Bund, Länder und Gemeinden ein gemeinsames Konzept der rechtskreisübergreifenden Zusammenarbeit entwickeln, das drei zentrale Forderungen erfüllt:

- Frühe Kontaktaufnahme schon in der Schulzeit durch Berufsorientierung, Praktika-Vermittlung und enge Kooperation mit allen allgemeinbildenden Schulen. Dazu gehört auch das frühzeitige Erfassen von Kompetenzen, Talenten und Interessen der vielen Neuankommenden,
- kompetente Berufsberatung und Vermittlung von Ausbildungsplätzen, vollzeitschulischen Ausbildungswegen oder auch betriebsnaher Berufsausbildung sowie,
- Beratung und Begleitung von Ausbildungssuchenden, Auszubildenden und Betrieben in Form von Assistierter Ausbildung und ausbildungsbegleitenden Hilfen.

HILFE KRIEGT, WER HILFE BRAUCHT – DIE DUALE AUSBILDUNG STÄRKEN

Das oberste Ziel der Grünen Ausbildungsgarantie ist ein betrieblicher Ausbildungsplatz im dualen System. Um dieses Ziel gemeinsam zu erreichen, muss sich die duale Ausbildung auch für gesellschaftlich benachteiligte Jugendliche öffnen. Weil Jugendliche und Betriebe immer seltener zusammenfinden, ist es notwendig, allen jungen Menschen und Ausbildungsbetrieben, die Bedarf haben, konkrete Unterstützung anzubieten. Insbesondere die Assistierte Ausbildung und ausbildungsbegleitende Hilfen haben sich als geeignete Instrumente erwiesen. Weil wir wollen, dass in Zukunft die Jugendlichen selbst und nicht bürokratische Förderrichtlinien oder sozial- und aufenthaltsrechtliche Beschränkungen über ihre berufliche Zukunft entscheiden, bekommen auch wirklich alle die Unterstützung, die sie brauchen. Bei Lerndefiziten werden Hilfen für das Lernen in Betrieb und Berufsschule angeboten, bei sozialen oder anderen Schwierigkeiten wird je nach konkretem Bedarf sozialpädagogisch und psychologisch unterstützt.

TEILHABE VON ANFANG AN – DAMIT HERKUNFT NICHT ÜBER ZUKUNFT ENTSCHEIDET

Auch für die vielen jungen Menschen mit Fluchtgeschichte sind frühzeitige Angebote der Schlüssel zum Integrationserfolg. Neben Sprachbarrieren und der ganz grundsätzlichen Herausforderung, sich in einer neuen und unbekanntem Kultur und Gesellschaft zurechtzufinden, sind vor allem Asylbewerberinnen und Asylbewerber sowie Geduldete zusätzlich mit zahlreichen sozial- und aufenthaltsrechtlichen Beschränkungen konfrontiert, die eine schnelle Teilhabe an Ausbildung, Arbeitsmarkt und Gesellschaft unnötig erschweren und teilweise sogar komplett verhindern. So bestehen beispielweise generelle Arbeits- und Ausbildungsverbote für AsylbewerberInnen aus sogenannten sicheren Herkunftsländern, die dazu führen können, dass lernwillige Jugendliche eine bereits begonnene Ausbildung abbrechen müssen. Die Bundesregierung will zudem weiterhin und zukünftig sogar verschärft nur Menschen mit einer sogenannten guten Bleibeperspektive im Asylverfahren frühzeitigen Zugang zu Integrationsangeboten gewähren. Momentan fallen darunter nur Asylbewerberinnen und Asylbewerber aus den Ländern Syrien, Irak, Iran und Eritrea. In der Realität bedeutet diese Einschränkung, dass alle anderen, deren Bleibeperspektive angeblich schlecht ist, keine Chance bekommen, in Deutschland Fuß zu fassen, obwohl viele von ihnen für längere Zeit in Deutschland bleiben werden – sei es aufgrund der langen Verfahrensdauer oder weil sie aus anderen, insbesondere familiären oder gesundheitlichen Gründen ein Bleiberecht erhalten. Dies ist nicht nur für die Betroffenen selbst eine frustrierende Erfahrung. Es widerspricht auch jeder sinnvollen Integrationspolitik. Wir müssen endlich anerkennen, dass viele der hunderttausenden jungen Menschen, die in den vergangenen Jahren nach Deutschland gekommen sind, für längere Zeit nicht in ihre Herkunftsländer zurückkehren können. Die Berufliche Bildung kann bei ihrer Integration einen entscheidenden Beitrag leisten. Damit dies aber gelingt, müssen beide Seiten, Flüchtlinge und Betriebe, tatkräftig unterstützt werden.

GUT BERATEN IN DIE AUSBILDUNG

Jede Ausbildung beginnt zunächst mit guter Beratung. Junge Menschen mit Fluchthintergrund wissen oft nichts über das deutsche Berufsbildungssystem und die hervorragenden Perspektiven, die sich aus einer dualen Ausbildung ergeben. Viele stehen zudem unter dem Druck, schnell Geld verdienen zu müssen, um ihre fluchtbedingten Schulden zu begleichen oder ihre Familien in den Herkunftsländern zu unterstützen. Eine Ausbildung erscheint auf den ersten Blick weniger attraktiv als das schnelle Geld einer ungelernten Beschäftigung. Bereits in der Erstaufnahme sollten Arbeitsagenturen, Jobcenter und Jugendhilfe deshalb als rechtskreisübergreifende Kompetenzteams umfassend über Ausbildungswege, Berufsbilder und Karrierechancen informieren und für diesen Weg der Qualifizierung werben.

PRAXISNAH FÖRDERN – DAMIT INTEGRATION GELINGT

Die zentrale Voraussetzung für gelungene Integration ist der Spracherwerb. Nur wer sich verständigen kann, hat die Möglichkeit, seine Motivation in Kompetenzen umzuwandeln – ob praktisch an der Werkbank oder theoretisch auf der Schulbank. Daher sollten auch alle Asylbewerberinnen und Asylbewerber und Geduldete an allen Integrationsangeboten teilnehmen dürfen. Damit jungen Flüchtlingen der Sprung in die Ausbildung danach tatsächlich gelingt, baut die Grüne Ausbildungsgarantie mit einem passgenauen Integrationsmodul tragfähige Brücken in die Ausbildung. Alle ausbildungsinteressierten Flüchtlinge erhalten während dieser Ausbildungsvorbereitung intensive allgemeine und berufsbezogene Sprachförderung. Sie können sich in mehrstufigen Orientierungspraktika praktisch über Berufsbilder informieren, eigene Potenziale entdecken und den betrieblichen Alltag kennenlernen. Beide Seiten, Geflüchtete und Betriebe, können sich in Rechts- und Alltagsfragen beraten lassen und werden auch im Konfliktfall nicht alleine gelassen. Die praktischen Phasen dieses Integrationsmoduls finden ganz regulär im Betrieb, in einer überbetrieblichen Ausbildungsstätte oder in einer gut ausgestatteten Berufsschule statt. Ziel dieser bis zu zwölfmonatigen Ausbildungsvorbereitung ist ein regulärer Ausbildungsplatz im dualen System.

Wir alle wissen, dass Lernen Zeit und geschützte Räume braucht. Die Unsicherheit über die eigene Zukunft oder gar eine drohende Abschiebung verhindern jeden Lern- und Integrationserfolg. Auch im Falle eines negativen Ausgangs des Asylverfahrens erhalten abgelehnte AsylbewerberInnen deshalb eine einjährige Duldung, wenn sie sich im Rahmen des Integrationsmoduls der Grünen Ausbildungsgarantie auf ihre Ausbildung vorbereiten. Auf diese Weise stellen wir sicher, dass Lernbiografien nicht unnötig durch eine Entscheidung im Asylverfahren unterbrochen werden und motivierte junge Menschen ihren Weg zum Berufsabschluss in Deutschland weitergehen zu können. Bei einem anschließenden Übertritt in eine betriebliche, schulische oder außerbetriebliche Ausbildung wird den jungen Azubis eine Aufenthaltserlaubnis für die gesamte Dauer der Ausbildung und einer anschließenden Beschäftigung erteilt. Diese Aufenthaltserlaubnis bleibt auch bei einem Wechsel des Ausbildungsplatzes bestehen.

Für uns ist klar: Hilfe für junge Menschen darf nicht an zu eng gefassten Förderkriterien oder aufenthaltsrechtlichen Beschränkungen scheitern. Die unnötigen Hürden beim Zugang zum Ausbildungs- und Arbeitsmarkt und zu staatlicher Unterstützung vor und während der Ausbildung wollen wir deshalb für alle Geflüchteten unabhängig von Herkunft oder Aufenthaltsstatus abschaffen. Aber auch für alle anderen Jugendlichen müssen kleinteilige Beschränkungen abgebaut werden, wenn es mit der Ausbildung auf Anhieb klappen soll. So sollten Auszubildende in einer vollzeitschulischen Ausbildung beispielsweise genauso von der Assistierte Ausbildung und anderen Unterstützungsangeboten profitieren können wie Azubis im Betrieb. Derzeit ist das Instrument der Assistierte Ausbildung zudem den allgemeinen Ausschreibungsregeln der Bundesagentur für Arbeit (BA) unterworfen und bis 2018 befristet. Um die Qualität und Kontinuität der Assistierte Ausbildung sicherzustellen, muss sie unbefristet gewährleistet werden.

BETRIEBSNAHE AUSBILDUNGSANGEBOTE ERGÄNZEN DAS DUALE SYSTEM

Die Gründe, warum dennoch manche Jugendliche den Sprung in die duale Ausbildung nicht im ersten Anlauf oder möglicherweise gar nicht schaffen, können vielfältig sein: Bei manchen liegt es am Wohnort, einer Erkrankung oder Behinderung, andere müssen einen Angehörigen oder ein Kind betreuen. Wieder andere scheitern, weil das Lernen oder die Zusammenarbeit mit Kolleginnen und Kollegen eine riesige Herausforderung ist, oder weil die deutschen Fachbegriffe noch zu schwierig sind. Mit dem verbindlichen Angebot für eine betriebsnahe Ausbildung erhalten nun auch diese jungen Menschen die Chance auf einen Berufsabschluss.

In der überbetrieblichen Ausbildungsstätte nehmen die Jugendlichen an einem auf ihre beruflichen Interessen und ihre Stärken und Schwächen zugeschnittenen Angebot teil. Die überbetrieblichen Ausbildungsstätten werden von Berufsschulen und Kammern gemeinsam organisiert und von den Kammern, dem jeweiligen Land, dem Bund und der Bundesagentur für Arbeit (BA) finanziert.

Jedes Ausbildungsangebot der überbetrieblichen Ausbildungsstätten führt auf direktem Weg und vom ersten Tag an zu einem anerkannten Berufsabschluss und wird mit einem Ausbildungsvertrag abgesichert. Alle Angebote sind so ausgestaltet, dass Talente gefördert, soziale und fachliche Kompetenzen vermittelt und Probleme und Defizite mit fachkompetenter Betreuung und Beratung gelöst und ausgeglichen werden können. Bei Bedarf können die Jugendlichen hier auch einen Schulabschluss nachholen. Auch für junge Flüchtlinge und MigrantInnen bietet die betriebsnahe Ausbildung neue Einstiegschancen. Indem beispielsweise Sprachdefizite während der Ausbildung ausgeglichen werden können, ermöglichen wir den unmittelbaren Schritt ins Berufsleben und von Beginn an echte Teilhabe an der Gesellschaft.

Die betriebsnahe Ausbildung ist inklusiv angelegt. Durch die individuelle Ausgestaltung des Ausbildungsverlaufs bietet der Grüne Weg auch jungen Menschen mit Behinderungen eine berufliche Perspektive und damit eine echte Chance auf ein selbstbestimmtes Leben. Wir möchten die Berufsbildungswerke in die betriebsnahe Ausbildung miteinbeziehen. Sie sind bereits heute überbetriebliche Ausbildungsstätten, bilden seit Jahrzehnten behinderte Menschen aus und sind überaus kompetent in der individuellen Gestaltung von Ausbildungsgängen. Indem sich die Berufsbildungswerke nun für alle Jugendlichen öffnen, nutzen wir bereits bestehende überbetriebliche Strukturen sinnvoll und fördern zudem die inklusive Berufsausbildung nachhaltig.

Die betriebsnahe Ausbildung wird in Lernabschnitte strukturiert, die wie in der betrieblichen Ausbildung sinnvoll aufeinander aufbauen und deren Inhalte sich mit den Ausbildungsordnungen der jeweiligen Ausbildungsberufe decken. Das Berufsprinzip bleibt erhalten. Durch enge Kooperation mit ausbildenden Unternehmen schaffen wir die notwendigen Voraussetzungen dafür, dass Jugendliche jederzeit in ein betriebliches Angebot wechseln können und erleichtern damit auch den späteren Zugang zum Arbeitsmarkt.

Um sicherzustellen, dass alle Jugendlichen ihren Weg zu einem Berufsabschluss finden, ist die Dauer der Ausbildung flexibel gestaltet. Davon profitieren Jugendliche und Betriebe. Die betriebsnahe Ausbildung gestaltet sich durch die enge Einbindung von Unternehmen garantiert berufspraktisch und vermittelt genau die Kompetenzen, die später auch am Arbeitsmarkt gefragt sind. Gleichzeitig stellen wir durch die zeitliche Flexibilität der Ausbildungsdauer sicher, dass auch die Jugendlichen, die aufgrund ihrer individuellen Voraussetzungen länger als drei Ausbildungsjahre benötigen, zu einem erfolgreichen Abschluss geführt werden. Von intensiver sozialpädagogischer und, wenn nötig, auch psychologischer Unterstützung begleitet können Jugendliche alle ausbildungsrelevanten Inhalte in ihrem eigenen Tempo erlernen, ohne dabei das Ziel des Abschlusses durch eventuelle Misserfolge aus den Augen zu verlieren.

Wir möchten zudem, dass die betriebsnahe Ausbildung auch in Teilzeit absolviert werden kann, damit auch junge Alleinerziehende oder berufstätige Menschen ohne oder mit geringer Qualifikation die Möglichkeit haben, ihre beruflichen Zukunftschancen durch eine gute Ausbildung nachhaltig zu verbessern. Auch die Ausbildungsbeteiligung von Unternehmen lässt sich mit diesen Strukturveränderungen deutlich steigern, da nun kleinere und hochspezialisierte Betriebe oder Betriebe ohne Ausbildungstradition motiviert werden, ihre jeweiligen Kompetenzen an einer überbetrieblichen Ausbildungsstätte zur Verfügung zu stellen. Zugleich werden auch solche Betriebe

mit Ausbildungstradition, die Schwierigkeiten bei der Besetzung ihrer Lehrstellen haben, motiviert weiterhin auszubilden, da sie sich auf ausreichende Unterstützung verlassen können.

Die Bundesregierung hat sich mit der Allianz für Aus- und Weiterbildung endgültig von ihrem Versprechen verabschiedet eine Ausbildungsgarantie umzusetzen und verspielt nun auch die Chance, aus der Herausforderung der Integration hunderttausender Neuankommender eine Erfolgsgeschichte zu machen. Anstatt über Fachkräftemangel zu lamentieren, sorgen wir dafür, dass alle jungen Menschen mit ihren individuellen Stärken und Potenzialen ernst genommen und gefördert werden. Mit dem Grünen Weg in die Ausbildungsgarantie geht sicher niemand mehr „verloren“. Jeder und jede Jugendliche bekommt in Zukunft eine echte Chance auf einen anerkannten Berufsabschluss und ein selbstbestimmtes Leben.